

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Arne Börnsen (Ritterhude), Hans Martin Bury, Anke Fuchs (Köln), Gerd Andres, Klaus Barthel, Lilo Blunck, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Tilo Braune, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Wolf-Michael Catenhusen, Peter Enders, Lothar Fischer (Homburg), Dr. Peter Glotz, Stephan Hilsberg, Dr. Uwe Jens, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Christine Kurzhals, Doris Odendahl, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Gerhard Rübenkönig, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Heinz Schmitt (Berg), Bodo Seidenthal, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Franz Thönnies, Adelheid Tröscher, Ute Vogt (Pforzheim), Reinhard Weis (Stendal), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD**

### **Multimediale Kommunikation – Stand und Perspektive der Entwicklung in Deutschland**

Die Digitalisierung der Telekommunikationsvermittlungstechnik, die weitere Kapazitätssteigerung und Kostensenkung der Mikroprozessoren und neue Technologien bei der Übertragungstechnik ermöglichen neue Anwendungen, die unter dem Schlagwort Multimediale Kommunikation und interaktives Fernsehen diskutiert werden. Die Dynamik dieser Entwicklung in den USA wird u. a. gekennzeichnet durch die unternehmenspolitische Integration der Telefon- und Kabelfernsehprogrammanbieter und die Kooperation von Computerfirmen, Übertragungstechnikanbietern und Konzernen, die u. a. Vermittlungstechniken anbieten.

Erste Pilotprojekte werden vorbereitet bzw. sind bereits in der Erprobung, so z. B. in Orlando, Chicago, Utah (USA) bzw. in Großbritannien, Italien und Abu Dhabi. Dabei werden Systeme für video-on-demand, distance learning, tele-medicine und Programme zum Einsatz multimedialer Kommunikation im allgemeinbildenden Schulwesen erprobt. Telefon- und Computergesellschaften rüsten Schulen und Hochschulen mit Personal Computern aus und schaffen damit die Infrastruktur zur Anwendung der neuen Technologien.

Voraussetzung zur Anwendung multimedialer Kommunikation ist die Schaffung einer breitbandigen Telekommunikationsinfrastruktur.

Volkswirtschaften, die an der Realisierung der in multimedialer Kommunikation vorhandenen Beschäftigungspotentiale teilhaben wollen, müssen rechtzeitig anwendungsorientierte Technologien

zur Verfügung stellen und die praktische Umsetzung demonstrieren. Dies trägt gleichzeitig dazu bei, die Akzeptanz der neuen Techniken zu erhöhen.

Während Klarheit über die Perspektiven der technischen Basis für die Multi-Media-Infrastruktur besteht, herrscht noch eine große Unsicherheit darüber, welche neuen multimedialen Dienste kommerziell erfolgreich und von einer Vielzahl von Verbraucherinnen und Verbrauchern als erwünscht und als Bereicherung ihres Lebens angesehen werden. Vorrangig muß deshalb im Dialog mit den potentiellen Nutzern geklärt werden, für welche Dienstleistungen ein Bedarf besteht und welche Infrastrukturen dafür geschaffen werden müssen. Deshalb muß die Breite möglicher künftiger Multi-Media-Dienste in dezentralen Pilotprojekten auch in Deutschland erprobt werden. Nur so haben wir eine Chance, Entscheidungen für Multi-Media-Nutzungen zu treffen, die wirtschaftlichen Nutzen versprechen und als Fortschritt für das Leben der Menschen empfunden werden können. Diese Erprobung muß mit einem Dialog über Chancen und Risiken von Multi-Media verbunden werden, der sich mit den gesellschaftspolitischen Auswirkungen und den möglichen sozialen und kulturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft auseinandersetzt.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Entwicklung in Telekommunikation, Computertechnologien und Übertragungstechniken bezüglich der Anwendung multimedialer Kommunikation in Deutschland im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und den USA?
2. Im Gegensatz zur Initiative der US-Regierung, die die Schaffung eines Informations-Highway als nationale Aufgabe definiert hat, fehlt eine europäische Vision für einen derartigen Netzausbau. Für eine solche Vision ist politische Führung erforderlich. In Europa findet bisher aber weder eine ausreichende Aufklärung der Öffentlichkeit über die Bedeutung von Multi-Media und Datenautobahnen statt, noch ergreifen die Regierungen auf nationaler oder, was noch sinnvoller wäre, auf europäischer Ebene die Initiative, um die europäische Industrie zu unterstützen und anzuspornen. Europäische Firmen weisen inzwischen klare Schwächen bei wichtigen Multi-Media-Bausteinen auf: Bei TV Set Top Boxen, bei Video Servers, bei Personal Digital Assistants.

In welcher Form will die Bundesregierung hier initiativ werden?

3. Welche Maßnahmen zur Unterstützung konkreter Anwendungsbereiche der multimedialen Kommunikation in Deutschland, insbesondere hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Telearbeit und der Unterhaltungsindustrie hat die Bundesregierung ergriffen?
4. Im Herbst letzten Jahres sind zahlreiche Antragsteller für Multi-Media-Projekte mit Hinweis auf die Finanzlage vom Projektträger des BMBF abschlägig beschieden worden.

Ist die Bundesregierung bereit, auch weiterhin Multi-Media-Pilotprojekte zu unterstützen, um sowohl die Anwendungsreife nachzuweisen als auch einen breiten gesellschaftlichen Dialog auf der Grundlage konkreter Anwendungsbeispiele zu initiieren?

Was unternimmt die Bundesregierung, um benutzerfreundliche Anwendungssoftware und Schnittstellen zu fördern?

5. Welche Regelungen sieht die Bundesregierung vor, um einen offenen, jedermann zugänglichen, diskriminierungsfreien Zugang zu Netzen und Diensten zu gewährleisten und eine Spaltung der Gesellschaft in sogenannte „haves“ und „have nots“ zu verhindern?
6. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet bzw. vorgesehen, um die auf dem G 7-Gipfel zur Informationsgesellschaft beschlossenen Projekte umzusetzen?
7. Die Forschungsnetze in Großbritannien und USA arbeiten mit einer Kapazität von 155 Mbit. Das deutsche Forschungsnetz (DFN-Verein) ist seit Jahren nicht über ein 2 Mbit-Netz herausgekommen.

Welcher Zeitplan ist für eine Kapazitätserweiterung des DFN-Netzes vorgesehen?

8. Welche Maßnahmen zur Umsetzung der grundgesetzlichen Verpflichtung zur Gewährleistung einer modernen Infrastruktur, insbesondere zur Schaffung eines breitbandigen Kommunikationsnetzes, beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen?

Welchen Zeitraum sieht die Bundesregierung bei der Bereitstellung des Netzes als realistisch an?

9. Welche Konfliktfelder bezüglich der Sicherung der Informations- und Meinungsvielfalt sowie der Datensicherheit und des Datenschutzes ergeben sich bei der Anwendung von Multi-Media?

Welche gesetzlichen Änderungen sind ggf. erforderlich, beispielsweise hinsichtlich des Daten-, Jugend- und Verbraucherschutzes?

10. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Urheberrecht durch eine Kombination von rechtlichen Regelungen und technischen Vorkehrungen zu gewährleisten?
11. Welche Chancen und Risiken sieht die Bundesregierung bei den o. g. Anwendungsfeldern, und welche gesetzlichen Initiativen beabsichtigt sie, um u. a. die sozialpolitischen Auswirkungen zu begleiten bzw. wie bei der Telearbeit, insbesondere hinsichtlich Arbeitsschutz-, Haftungs- und Datenschutz, offensiv abzufedern?
12. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um die Entwicklung der multimedialen Kommunikation in ihren Auswirkungen auf unsere Gesellschaft zu untersuchen, und welche Begleitforschung wird dazu durchgeführt bzw. ist vorgesehen?

13. Wie bilanziert die Bundesregierung die Beschäftigungspotentiale – aufgeteilt nach Berufsgruppen und Qualifikationsebenen – in der Anwendung von Multi-Media, womit begründet sie dies, und welche unterstützenden Maßnahmen seitens des Gesetzgebers sind erforderlich?
14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen von Multi-Media im Hinblick auf die Konzentrationsentwicklung in der Wirtschaft und strukturelle Verschiebungen in den verschiedenen Industrie- und Dienstleistungsbereichen, und welche wettbewerbs-, Verbraucherschutz- und strukturpolitischen Maßnahmen beabsichtigt sie zur Abfederung negativer Auswirkungen zu ergreifen?
15. Multi-Media bewegt sich an einer Grenze zwischen bundespolitischer Zuständigkeit der Kommunikationspolitik und der Sicherung einer modernen Infrastruktur sowie der landespolitischen Zuständigkeit bezüglich Rundfunk- und Kulturhoheit.  
Wo sieht die Bundesregierung Überschneidungen und entsprechenden Handlungsbedarf auf Bundes- bzw. Landesebene; welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. beabsichtigt sie zu ergreifen, um eine rechtzeitige Klärung der Zuständigkeiten zu erreichen und damit die Anwendung von Multi-Media zu unterstützen und zu forcieren?
16. Welche Vorkehrungen trifft die Bundesregierung auch auf europäischer Ebene, um den Mißbrauch der modernen Telekommunikationsdienste beispielsweise durch rechtsextreme Gruppierungen bzw. durch kriminelle Vereinigungen zu verhindern und die Überwachbarkeit dieser Dienste, insbesondere auch des Fernmeldeverkehrs, zu gewährleisten?

Bonn, den 28. März 1995

**Arne Börnsen (Ritterhude)**  
**Hans Martin Bury**  
**Anke Fuchs (Köln)**  
**Gerd Andres**  
**Klaus Barthel**  
**Lilo Blunck**  
**Dr. Ulrich Böhme (Unna)**  
**Tilo Braune**  
**Edelgard Bulmahn**  
**Ursula Burchardt**  
**Wolf-Michael Catenhusen**  
**Peter Enders**  
**Lothar Fischer (Homburg)**  
**Dr. Peter Glotz**  
**Stephan Hilsberg**  
**Dr. Uwe Jens**  
**Walter Kolbow**

**Horst Kubatschka**  
**Dr. Uwe Küster**  
**Christine Kurzhals**  
**Doris Odendahl**  
**Dr. Edelbert Richter**  
**Günter Rixe**  
**Gerhard Rübenkönig**  
**Horst Schmidbauer (Nürnberg)**  
**Heinz Schmitt (Berg)**  
**Bodo Seidenthal**  
**Dr. Peter Struck**  
**Wolfgang Thierse**  
**Franz Thönnies**  
**Adelheid Tröscher**  
**Ute Vogt (Pforzheim)**  
**Reinhard Weis (Stendal)**  
**Rudolf Scharping und Fraktion**